



NABU-Studie: Plastikflut in Deutschland wird bis 2030 erheblich anwachsen

NABU-Studie: Plastikflut in Deutschland wird bis 2030 erheblich anwachsen
Nur durch massive Eingriffe kann Trend zu immer mehr Plastik gestoppt werden
In den vergangenen 60 Jahren ist die weltweite Herstellung von Kunststoffen um das 169-fache auf 288 Millionen Tonnen pro Jahr angestiegen. Der Trend zu immer mehr Plastik wird sich in den kommenden Jahren auch in Deutschland fortsetzen. Damit steigen nicht nur der Verbrauch von Erdöl und die damit verbundene Freisetzung von Klimagasen, sondern es ist auch mit einem höheren Eintrag von Kunststoffen in die Natur zu rechnen. Hier sind alarmierende Schäden an den Ökosystemen zu erwarten. Bereits 2015 werden nach aktuellen Expertenschätzungen wohl 9, 1 Millionen Tonnen Plastikmüll pro Jahr weltweit in die Meere gelangen, welche die Mägen von Vögeln und Säugern verstopfen und die als schadstoffhaltiges Mikroplastik auch den Weg in unsere Nahrungskette finden können.
Dass dieser Trend gestoppt werden kann, zeigt eine jetzt vorgelegte Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag des NABU. Die Autoren zeigen, dass durch ein engagiertes Vorgehen von Politik, Wirtschaft und Verbrauchern unser täglicher Hunger nach Plastik stark gesenkt werden könnte. So müssten Produktionsprozesse verbessert und mehr recyceltes Plastik genutzt werden, und gerade im Bereich der Verpackungen oder der Elektrogeräte kann durch neue Konsummodelle von Handel und Verbrauchern wie beispielsweise dem unverpackten Einkaufen und "Nutzen statt Besitzen" - und so genannten ReUse-Modellen der Einsatz von Kunststoffen reduziert werden. In der Studie wird aber auch deutlich, dass eine reale Reduktion der Kunststoffeinsatzmengen nur durch massive Eingriffe vom Gesetzgeber erreichbar wäre. Durch ein ambitioniertes Handeln aller gesellschaftlichen und staatlichen Akteure wäre ein Szenario vorstellbar, in dem wir in 2030 80 Prozent weniger Kunststoffe einsetzen als für dieses Jahr prognostiziert.
"Die Studie zeigt, dass niedrige Preise für Erdöl und immer mehr Anwendungsgebiete die Nachfrage nach Kunststoffen steigern werden, so dass der Markt aus rein ökonomischen Gründen nicht auf Plastik verzichten wird", so NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. "Hier muss der Staat seine Verantwortung wahrnehmen und gegensteuern, indem er den Ressourcenverbrauch besteuert und Vorgaben zum Ökodesign von Kunststoffprodukten macht, aber auch, indem er selbst durch eine kunststoffarme öffentliche Beschaffung zur Verringerung beiträgt und Branchenprozesse für Vermeidungslösungen anstößt."
Zwar stellen Kunststoffe in einigen Fällen die bessere Alternative zu ressourcenintensiven Materialien wie Beton oder Metallen dar. Allerdings muss die für die Anwendung passende Kunststoffsorte gewählt und auch im Vorhinein geklärt werden, ob die Anwendung für den gewünschten Nutzen überhaupt notwendig ist. Deswegen stellt die Studie zahlreiche Beispiele aus der Wirtschaft und im Konsumentenbereich vor, bei denen auf den Kunststoffeinsatz komplett verzichtet oder dieser wesentlich reduziert werden kann. Die Nutzung von Mehrwegtragetaschen oder das Anbieten von Produkten ohne Verpackungen sind hier einfache, aber sehr wirkungsvolle Beispiele. Für die allermeisten der in der Studie dargestellten Optionen zur Kunststoffvermeidung im Bereich von Produktion und Handel sind allerdings staatliche Vorgaben notwendig.
"Deutschland wird auch in den nächsten fünfzehn Jahren nicht plastikfrei werden. Aber es ist zumindest möglich, die Plastikflut einzudämmen. Der Weg zu weniger Kunststoffverbrauch führt über gesetzliche Regelungen, die Ressourcenverschwendung über Sonderabgaben unrentabel machen, ein Umdenken in der Wirtschaft zu nachhaltigen Produktionen sowie über den Druck der Verbraucher, die über bewusste Kaufentscheidungen den Handel zu weniger Einsatz von Kunststoffverpackungen bewegen," so NABU-Leiter Ressourcenpolitik Dr. Benjamin Bongardt. Wer in Deutschland kunststoffsparend, ressourceneffizient und nachhaltig arbeiten möchte, dürfe sich einer Politik nicht verschließen, die auf ordnungsrechtliche Regelungen, ökonomische Instrumente sowie auf Information und Effizienzförderung setzt.
Studie und Hintergrund unter www.NABU.de/plastikfrei
www.NABU.de/presse
Für Rückfragen:
Dr. Benjamin Bongardt
NABU-Leiter Ressourcenpolitik
Tel. +49 (0)30.284984-1610
Mobil +49 (0)172.9235479
E-Mail: Benjamin.Bongardt@NABU.de
NABU-Pressestelle
Kathrin Klinkusch
Iris Barthel
Nele Rissmann
Tel. +49 (0)30.28 49 84-1510, -1952, -1722, -1958
Fax: +49 (0)30.28 49 84-2000
E-Mail: presse@NABU.de

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.